

13-JUL-03 20:53

Matthias Paulik / Schöneck

+49 6187 992595

SEITE: 1

**Bundesministerium
für Gesundheit
und Soziale Sicherung**

Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, 53108 Bonn

REFERAT 319
BEARBEITET VON Werner Kuhlmann
HAUSANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn
POSTANSCHRIFT 53108 Bonn
LIEFERANSCHRIFT Am Propsthof 78a, 53121 Bonn
TEL +49 (0)1888 441-3235
FAX +49 (0)1888 441-4983
E-MAIL werner.kuhlmann@bmgs.bund.de
INTERNET <http://www.bmgs.bund.de>

Bonn, 17. Juni 2003

AZ 319-08

Betreff: Impfungen

Bezug: Ihr Schreiben vom 27. Mai 2003

Sehr geehrte |

vielen Dank für Ihr Schreiben, in dem Sie dazu auffordern, u.a. die Behauptungen der Herrn Dr. Buchwald, Dr. Lanka u.a. durch Vorlage von wissenschaftlichen Beweisen zu widerlegen.

Ich teile Ihre Auffassung, dass diese Behauptungen Leser bzw. Zuhörer verunsichern, da diese Ansichten die nachgewiesenen wirksamen Impfpräventionsmaßnahmen in Frage stellen.

Das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung erreichen - ausgehend von den Aktivitäten des Herrn Dr. Lanka - derzeit eine ganze Reihe derartiger, überwiegend gleich lautender Anfragen zu den unterschiedlichsten bakteriellen und viralen Erkrankungen, deren Weiterverbreitung maßgeblich durch aktive Immunisierung in der Bundesrepublik und europaweit zurückgedrängt werden konnte.

Da das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung in Folge mangelnder fachlicher Diskursfähigkeit der oben Genannten mit sachlichen Argumenten keine Überzeugungsarbeit leisten konnte, werden entsprechende Anfragen vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Bundesinstituten nicht mehr beantwortet, es sei denn, es werden neue Sachverhalte dargelegt.

Seite 2 von 4

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir den Hinweis, dass es nicht zu den Aufgaben des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung gehört, dafür Sorge zu tragen, weltweit zugängliche wissenschaftliche Literatur (z.B. Virologisches Standardwerk Fields: Griffin, D.E., Bellini, W.J. Measles Virus in: Virology, Third Edition, edited by Fields B.N., Knipe, D.M., Howley, P.M. Vol. 1, 1287-1312, 1996, oder das deutschsprachige Lehrbuch „Virusdiagnostik“, Hrsg. T. Porstmann, erschienen bei Blackwell, 1996) zur Verfügung zu stellen und vereinzelt Personen von den naturwissenschaftlichen medizinischen Ergebnissen der Forschung in den vergangenen Jahrzehnten zu überzeugen.

Jedoch möchte ich noch ein paar Anmerkungen zum Thema „Impfen“ machen:

In Deutschland gibt es heute keine Pflichtimpfungen mehr. Alle Impfungen sind freiwillig. Und so gehört der Entschluss für oder gegen Impfungen zum Schutz der Kinder vor Infektionskrankheiten zu den frühen Entscheidungen, die Eltern treffen müssen. Ihrem Schreiben entnehme ich, dass Sie Zweifel haben an der Notwendigkeit von Impfungen und auch in Sorge sind hinsichtlich des Risikos von Impfschädigungen.

Zunächst sollten Sie hinsichtlich Ihrer Bedenken ein Gespräch mit Ihrem Kinderarzt führen. Der behandelnde Arzt ist verpflichtet, vor der Impfentscheidung ein Aufklärungsgespräch mit den Eltern zu führen. Die Aufklärungspflicht über Impfrisiken muss stets so umfassend sein, dass den Eltern das Wissen vermittelt wird, das für eine wirksame Einwilligung in die Behandlung benötigt wird. Die Einwilligung ist Rechtfertigungsgrund für die durch die Behandlung tatbestandmäßig vorliegende Körperverletzung.

Zum Inhalt der ärztlichen Informationspflichten bei Impfungen hat der 3. Senat des BGH in einem grundlegenden Urteil (BGHZ 126, 386) festgestellt, dass hier schon sehr niedrige Zwischenfallsquoten ausreichen, eine Warnpflicht zu begründen. Denn im Vergleich zur Eingriffsaufklärung besteht bei der Sicherheitsaufklärung weniger Anlass zu der ärztlichen Sorge, der Patient erleide Nachteile durch Hinweise über Gebühr. Der Arzt muss alles in seinen Kräften stehende tun, seinen Patienten vor Schaden zu bewahren. Versäumnisse bei der Sicherheitsaufklärung sind solche der Gefahreicherung; sie sind Behandlungsfehler.

Die Art und Weise, wie der Patient/Erziehungsberechtigte aufzuklären ist, steht nach der ständigen Rechtsprechung des BGH regelmäßig im pflichtgemäßen Beurteilungsermessen des behandelnden Arztes. Die Aufklärung ist grundsätzlich auch anhand eines Merkblattes möglich. Der Patient/Erziehungsberechtigte muss dann in jedem Fall die Möglichkeit haben, weitere Informationen in einem persönlichen Gespräch mit dem Arzt erhalten zu können (vgl.

BGH VI/48/99